



**HK** Hamburg

**HAMBURG** **20**  
WIE WOLLEN WIR KÜNFTIG  
LEBEN - UND WOVON? **40**



# HAMBURG 2040

## **GESTALTEN STATT VERWALTEN. HAMBURGS WIRTSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT EINEN ZUKUNFTSKURS**

Forderungen der Handelskammer Hamburg an die Hamburgische Bürgerschaft und den Senat 2025 bis 2030 mit Blick auf die Standortstrategie der Hamburger Wirtschaft „Hamburg 2040: Wie wollen wir künftig leben – und wovon?“.

## Vorwort

Die Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind groß. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer blicken mit Sorge in die Zukunft. Dabei befinden wir uns nicht in einer vorübergehenden konjunkturellen Schwächephase, sondern erleben vielmehr die Auswirkungen tiefgreifender struktureller Probleme. Im Kreis der G7-Industriestaaten belegen wir beim Wirtschaftswachstum den letzten Platz.

Auch im europäischen Ausland wie in Italien und Spanien ist die wirtschaftliche Dynamik deutlich höher als bei uns. Die strukturellen Schwächen treffen auch die Unternehmen am Industrie- und Außenwirtschaftsstandort Hamburg. Dabei ist es die Hamburger Wirtschaft, zu der die Unternehmen ebenso gehören wie ihre Mitarbeitenden, die unseren Wohlstand sichert. Allerdings wird es für die Firmen immer schwieriger, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene werden Unternehmen durch übermäßige Regulierung, Bürokratie und Verbote ausgebremst und verlieren weiter an Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

Dabei bieten die aktuellen wirtschaftlichen und technologischen Umbrüche große Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt und für Hamburg im Speziellen. So kann unsere Stadt eine internationale Vorreiterrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität einnehmen und zeigen, dass sich wirtschaftlicher Erfolg und Klimaneutralität bedingen.

**Um die vorhandenen Potenziale zu heben, braucht es nicht weniger als einen Paradigmenwechsel in Politik und Verwaltung: weniger verhindern, mehr ermöglichen.**

Die Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Wirtschaft erfolgreich agieren kann.

Es ist nicht Aufgabe der Politik, unternehmerische Entscheidungen zu treffen oder sich an privaten Unternehmen zu beteiligen. Weder die strukturellen Schwächen unseres Wirtschaftsstandortes noch die globalen Herausforderungen unserer Zeit – wie der Klimawandel – lassen sich durch Verbote und kleinteilige Regulierungen bewältigen.

Für Deutschland und Hamburg gilt gleichermaßen: Es braucht eine klare Vision für die Zukunft und mehr Vertrauen in die Unternehmen.

Die Handelskammer ist die Gesamtinteressenvertretung der Hamburger Wirtschaft. Das sind die 180.000 Mitgliedsbetriebe mit ihren mehr als 800.000 Beschäftigten aus allen Branchen. Die Hamburger Wirtschaft hat mit ihrer Strategie „Hamburg 2040: Wie wollen wir künftig leben – und wovon?“ beschlossen, sich auf Zukunftskurs zu begeben.

**Unsere Vision für Hamburg: Eine innovative, dynamische und nachhaltige Stadt, die international im Spitzenfeld mitspielt.**

Seit der Entstehung des Zielbildes hat die Handelskammer viele Vorschläge gemacht, wie Hamburg sich konsequent für die Zukunft aufstellen kann. Dabei überprüfen ihre Gremien regelmäßig den Kurs angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen und passen ihn, wo es notwendig ist, an – stets mit Blick auf unser Zielbild.

Jetzt ist die Politik gefordert, diesen Zukunftskurs durch die richtigen Rahmenbedingungen zu unterstützen. In diesem Sinne sind die nachfolgenden Forderungen an den neuen Senat und die Bürgerschaft zu verstehen.

Sie wurden in den Gremien der Handelskammer diskutiert und in der Sitzung des Plenums am 7. November 2024 verabschiedet. Die Handelskammer bietet dem neuen Senat und der Bürgerschaft die vertrauensvolle Zusammenarbeit an, um den Standort Hamburg zukunftsfähig zu gestalten – die Zeit zum Handeln für Hamburg 2040 ist jetzt!

Weitere Informationen:

Leitlinien für eine neue Standortstrategie  
[www.hk24.de/leitlinien](http://www.hk24.de/leitlinien)

## I. Jetzt Zukunftskurs einschlagen!

In Hamburg gibt es viele Wünsche, wie wir in Zukunft leben wollen. In einer prosperierenden, lebenswerten und grünen Metropole. Beispielsweise mit einer Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich, einer kostenlosen, voll ausgebauten Kinderbetreuung und Ganztagschule sowie uneingeschränkter Mobilität zum Nulltarif. Die Frage aber, wovon wir das bezahlen wollen, bleibt zunehmend unbeantwortet. Insbesondere von der Politik. Wir wollen uns vieles leisten, vergessen aber, dass wir dafür auch viel leisten müssen.

Hamburg belegt in vielen nationalen Rankings oft vordere Plätze. Dies darf uns aber nicht in einer trügerischen Sicherheit wiegen. Denn im internationalen Wettbewerb verliert der Standort Deutschland aktuell – und damit auch Hamburg.

Unsere Benchmarks sollten nicht nur München, Stuttgart, Barcelona oder Kopenhagen sein, sondern wir müssen uns vielmehr auch global stark und selbstbewusst positionieren. Entscheidende wirtschaftliche Dynamik findet zunehmend im nichteuropäischen Ausland statt. Wenn wir nicht unmittelbare Veränderungen vornehmen, wird Europa durch die USA und China technologisch weiter abgehängt. Es muss unser Anspruch in Hamburg sein, in ausgewählten Bereichen das internationale Spitzenfeld zu bespielen.

Hamburg kommt als Außenwirtschaftsstandort Nummer Eins mit seinem Hafen und als größtem Industriestandort eine besondere Bedeutung für Deutschland insgesamt zu. Dieser Verantwortung sollte sich die Politik der Hansestadt viel stärker stellen. Hamburg kann und sollte fokussierter nachhaltige Impulse zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands geben.

Zahlreiche Entscheidungen werden auf internationaler, auf europäischer oder auch auf Bundesebene getroffen. Wir haben in Hamburg aber einen oft unterschätzten eigenen Handlungsrahmen, um unseren Wirtschaftsstandort zukunftsfest zu machen. Wir fordern den Senat auf, diesen zu nutzen.

### Die Bürgerschaftswahl 2025 ist aus Sicht der Hamburger Wirtschaft eine Richtungswahl!

Die Hamburger Politik muss den Mut haben, unseren Standort konsequent für die Zukunft aufzustellen. Es gilt, bei Ausgaben umzusteuern und die Frage zu stellen: Was können wir uns noch leisten, und wie stellen wir sicher, dass alle Ausgabenwünsche auch von kommenden Generationen erarbeitet werden können?

Ein ehrlicher Blick auf den Hamburger Haushalt zeigt: Die Politik hat die Weichen noch nicht im notwendigen Maß auf Zukunftskurs gestellt. Das gilt insbesondere für den Hafen, bei Investitionen in unser Innovations-Ökosystem, aber auch beim Bürokratieabbau und beim Ausbau Erneuerbarer Energien. Dass die Behörde für Wirtschaft und Innovation über den kleinsten aller Behörden-Etats verfügt, ist Ausdruck dieser falschen Priorisierung und muss dringend korrigiert werden.

Es ist unsere Pflicht und vor allem die der Politik in der kommenden Legislatur, Verantwortung zu übernehmen und tiefgreifende, mutige Richtungsentscheidungen zu treffen und der Wirtschaft den richtigen Stellenwert einzuräumen, damit kommende Generationen in Hamburg weiterhin in Wohlstand leben können.

## II. Forderungen auf einen Blick

### Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

- Zukunftsinvestitionen erhöhen
- Behörde für Wirtschaft und Innovation um Energiebereich erweitern
- Klausur „Senat & Wirtschaft“ etablieren
- Effizienz der Verwaltung steigern, Bürokratie abbauen, Digitalisierung vorantreiben, Genehmigungsfiction einführen
- One Face to the Customer: Genehmigungen aus einer Hand erteilen
- Norddeutsche Zusammenarbeit institutionalisieren, gemeinsam Interessen auf Bundesebene vertreten

### Innovation und neue Märkte

- Innovationsschwerpunkte setzen
- Clusterpolitik und -strukturen neu aufstellen
- Gründung einer Zukunftsstiftung, eine Milliarde Euro für Innovationen
- Zukunftsagenda ambitioniert umsetzen, länderübergreifende Innovationsagentur unverzüglich gründen
- MINT-Fakultäten stärken und Transfer verbessern
- Unterstützung für Start-ups neu denken

### International

- Landesverteidigung stärken
- Kritische Infrastruktur schützen
- Klimaanpassungsmaßnahmen und Katastrophenschutz verstärken
- Zugang zu Rohstoffen und Vorprodukten sicherstellen
- Hamburger Interessen stärker auf Bundes- und EU-Ebene einbringen
- Schaffung eines nordeuropäischen Wirtschaftsraumes – Hamburg als südlichste Stadt Skandinaviens denken
- Hamburg Marketing reformieren
- Marketing auf Zukunftsfelder fokussieren, internationale Sichtbarkeit steigern

### Nachhaltigkeit, Hafen und Mobilität

- Hamburg zum Vorreiter auf dem Weg zur Klimaneutralität machen
- Priorität PV-Ausbau vor Denkmalschutz
- Kreislaufwirtschaft stärken, konkrete Industrieflächen ausweisen
- Ladung binden, Flächen bereitstellen, mehr Wettbewerb fördern, 100 Hektar Hafen in Steinwerder entwickeln
- Bessere Rahmenbedingungen für Wasserstoffimport und -produktion
- Mehr Lagerungs- und Importkapazitäten für Wasserstoffderivate inklusive E-Fuels im Hafen schaffen
- Elektrolyseur in Moorburg 2027 in Betrieb nehmen
- Hafen und Industriegebiete an deutsches Wasserstoffnetz anschließen
- Nationale Bedeutung des Hafens auf bundespolitischer Ebene hervorheben, Erhöhung der Bundesfinanzierung einfordern
- Leistungsfähige Infrastruktur ausbauen, Kühlbrandque- rung in den 2030er Jahren finalisieren
- Flughafen stärken, Betriebszeiten sichern
- Hamburg zum Vorreiter bei innovativen Verkehrsmitteln und Antrieben machen
- ÖPNV-Angebot ausbauen, Kostenfreiheit nicht erweitern
- Ausbau von E-Ladesäulen schneller vorantreiben
- Parkraumvernichtung stoppen, Quartiersparken einrichten

### Fachkräfte und lebenswerte Metropole

- 15-Minuten-Stadt umsetzen
- Standards im Wohnungsbau weiter überprüfen, Vorschriften flexibler machen
- Innenstadt als Zentrum des Handels stärken, attraktive Nutzungsmischung vorantreiben
- Kultur- und Tourismustaxe projektbezogen einsetzen
- Hamburg als Sporthauptstadt des Nordens positionieren
- Vielfalt des Medienstandortes als Chance nutzen
- Fachkräfte qualifizieren, berufliche Aus- und Fortbildung stärken
- Erwerbsbeteiligung erhöhen
- Internationale Fachkräfte gewinnen
- Unterrichtsqualität und Ausbildungsreife bei Schulabgängerinnen und Schulabgängern stärken
- Schulfach „Wirtschaft“ verbindlich machen

## III. Forderungen der Hamburger Wirtschaft an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

### 3.1 Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

#### Zukunftsinvestitionen erhöhen

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg plant für das Jahr 2025 einen Haushalt mit einem Volumen von 21,4 Milliarden Euro. Mittel für Investitionen sind mit rund 2,9 Milliarden Euro eingeplant. Die Hamburger Wirtschaft begrüßt ausdrücklich, dass der Senat damit einen deutlichen Aufwuchs des Volumens an Investitionen plant. Hierbei ist allerdings sehr genau darauf zu achten, dass neben den Investitionen in Infrastruktur und Gebäude genügend Mittel bereitstehen, um die Innovationsfähigkeit des Standortes zu verbessern.

Die Hamburger Wirtschaft hält an ihrer Forderung fest, eine zusätzliche Milliarde Euro für den Ausbau von Forschung, Entwicklung, Transfer und Innovation und die Förderung von Zukunftstechnologien zu investieren. Zur Finanzierung sollte eine Zukunftsstiftung gegründet werden, deren Stiftungskapital sich aus privatwirtschaftlichen Erträgen der Stadt und privaten Zuwendungen zusammensetzt.

Die Politik hat in den vergangenen Jahren durch Versprechen im Rahmen von anstehenden Wahlen immer mehr Leistungen beitragsfrei für alle gestellt und damit strukturelle Belastungen des Haushaltes ausgeweitet. Dazu gehören eine kostenlose fünfstündige Kita-Betreuung, das kostenlose Kita-Essen, die kostenfreie Betreuung in der Ganztagschule sowie das kostenlose Schülerticket.

Damit wurden die Spielräume im Hamburger Haushalt u.a. für die Stärkung des Innovationsstandortes stark eingeschränkt. Dabei gilt es, konsequent in die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu investieren, um den Wohlstand unserer Stadt auch langfristig zu sichern.

Ausdruck dieser Fehlentwicklung ist beispielsweise, dass die Behörde für Wirtschaft und Innovation über den kleinsten aller Behördenetats verfügt. Das jährliche Budget beträgt 342 Millionen Euro (2025). Das ist vor dem Hintergrund der enormen Herausforderungen, die der Wirtschaftsstandort Hamburg zu bewältigen hat, nicht hinnehmbar.

- Der Etat der Behörde für Wirtschaft und Innovation muss beispielsweise für die Sanierung der Hafeninfrastuktur (unter anderem für die Erhaltung der Kaimauern) und für die Förderung von Schwerpunkttechnologien deutlich erhöht werden.
- Konsumtive Ausgaben gehören auf den Prüfstand, freiwerdende Mittel müssen in die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes investiert werden.
- Die Ausstattung und Verfügbarkeit von Wagniskapital-Instrumenten der IFB sollte erhöht und langfristig sichergestellt werden.

#### Behörde für Wirtschaft und Innovation um Energiebereich erweitern

Eine stabile Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist entscheidend für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und insbesondere der Industrie. Die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-neutrale Produktion sollte auch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft betrachtet werden.

Um die Entwicklung und Anwendung klimafreundlicher Technologien voranzutreiben, ist es entscheidend, die Energiepolitik nicht losgelöst von der Wirtschaft zu betrachten. Stattdessen müssen die Themen Wirtschaft und Energie als untrennbare Bestandteile einer ganzheitlichen Strategie behandelt werden.

Hamburg hat das Potenzial, eine internationale Vorreiterrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität einzunehmen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu steigern. Dies unterstreicht die von der Handelskammer gemeinsam mit der OECD initiierte Studie „Klimaneutralität 2040 für die Hamburger Wirtschaft“. Wesentliche Treiber für mehr Klimaschutz sind technologische Innovationen, die eng mit der Industriepolitik und der Förderung von Innovationen am Standort verwoben sind.

- Energiepolitik sollte als Ressort der Wirtschaftsbehörde angegliedert werden, um Synergien zu heben, Verwaltungsprozesse zu verschlanken und die Abstimmung zwischen verschiedenen Ressorts zu erleichtern.

**Klausur „Senat & Wirtschaft“ etablieren**

Nur durch die gemeinsame Anstrengung von Politik und Unternehmen werden wir die aktuellen Herausforderungen bewältigen und die vorhandenen Potenziale für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand ausschöpfen können. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Innovationsfähigkeit Hamburgs zu steigern, eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität einzunehmen, den Hafen zukunftsfähig zu gestalten und Fachkräfte für unsere Stadt zu gewinnen.

- Es braucht ein institutionalisiertes, regelmäßiges Dialogformat zwischen den Spitzen des Hamburger Senates, den für Wirtschaft, Innovation, Mobilität, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Bauen, Umwelt und Klima sowie für Fachkräfte zuständigen Behörden und der Handelskammer als Gesamtvertretung der Hamburger Wirtschaft, um gemeinsam die Weichen der Zukunft zu stellen.

**Effizienz der Verwaltung steigern, Bürokratie abbauen, Digitalisierung vorantreiben, Genehmigungsfiktion einführen**

Mit einer überbordenden Bürokratie bremsen sich Deutschland und Hamburg aktuell selbst aus und gefährden die Konkurrenzfähigkeit vieler Unternehmen. Bürokratieabbau bedeutet nicht nur ein Weniger an Regelungen, sondern muss auch übergreifend und strukturell auf allen Ebenen des Rechts und der Verwaltung angegangen werden. Hierbei braucht es nicht weniger als einen Paradigmenwechsel – hin zu einer Ermöglichungskultur.

- Praxis-Checks sollten flächendeckend eingeführt werden. Bislang sind diese nur auf einzelne Branchen und Prozesse beschränkt.
- Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht, professionalisiert und digitalisiert werden.
- Zur Beschleunigung der behördlichen Verfahren sollte grundsätzlich das Prinzip der Genehmigungsfiktion implementiert werden: Entscheidet eine Behörde nicht innerhalb einer bestimmten Frist, so gilt die Genehmigung als erteilt.
- Genehmigungsbehörden müssen Ermessensspielräume zugunsten unternehmerischen Handelns vollumfänglich ausschöpfen, wenn keine schutzwürdigen Rechtsgüter Dritter bedroht sind.

- Elektronische Verwaltungsdienstleistungen müssen ausgebaut werden, etwa durch die Möglichkeit zum Erlass von elektronischen Verwaltungsakten.
- Neue Gesetze sollten hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit des Erfüllungsaufwandes überprüft werden.

**One Face to the Customer: Genehmigungen aus einer Hand erteilen**

Zuständigkeiten bei Antrags- und Genehmigungsverfahren sind oft über mehrere Behörden verteilt. Eine koordinierte, kundenorientierte Zusammenarbeit der einzelnen Stellen existiert vielfach nicht. Auch einheitliche Ansprechpartner für teils komplexe Antragsverfahren suchen Unternehmerinnen und Unternehmer vielfach vergeblich. Hier braucht es nicht weniger als einen Mentalitätswechsel der Verwaltung, hin zu einer Service- und Ermöglichungskultur.

- Es braucht einheitliche, behördenübergreifende Ansprechpartner, die Unternehmen im gesamten Antragsverfahren unterstützen.
- Die behördenübergreifende Zusammenarbeit gilt es, weiter zu verbessern, sodass Unternehmen Unterlagen nicht wiederholt einreichen müssen.

**Norddeutsche Zusammenarbeit institutionalisieren, gemeinsam Interessen auf Bundesebene vertreten**

Der Norden ist aufgrund seiner strukturellen Voraussetzungen nicht nur Schlüsselregion für eine erfolgreiche Energiewende, sondern kann auch eine internationale Vorreiterrolle bei der Transformation, insbesondere im Bereich der Industrie, zur Klimaneutralität einnehmen.

- Für eine nachhaltige Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer sollte eine institutionalisierte Koordinierungsstelle für länderübergreifende Themen eingerichtet werden. Ziel muss es sein, Themen dauerhaft voranzutreiben und gemeinsame Projekte zu initiieren.
- Die norddeutschen Länder sollten gemeinsam auf bundespolitischer Ebene die Bedeutung Norddeutschlands für die Energiewende und als Industriestandort der Zukunft betonen und im Schulterschluss für gute Rahmenbedingungen für norddeutsche Unternehmen eintreten.

**3.2 Innovation und neue Märkte****Innovationsschwerpunkte setzen**

Die Innovationsdynamik in Hamburg muss weiter gesteigert werden, um im internationalen Wettbewerb um Talente und Technologieführerschaft mithalten zu können. Es gilt, bürokratische Hemmnisse abzubauen und bestmögliche Rahmenbedingungen für Innovation zu schaffen.

- Konkret geht es darum, noch viel stärker Schwerpunkte zu setzen und regulatorische Freiräume für ein bestimmtes Thema, beispielsweise durch Experimentierklauseln und „fast tracks“ bei Antragsverfahren in Behörden, zu schaffen.
- Sonderinnovationszonen sollten als ein wichtiges Instrument zur Innovationsförderung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gedacht werden. Eine erste konkrete Innovationszone könnte im Bereich „Neue Materialien“ eingerichtet werden.

**Clusterpolitik und -strukturen neu aufstellen**

Die Zukunftsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes hängt maßgeblich von seiner Innovationsfähigkeit ab. Hamburg setzt seit mehr als 20 Jahren auf Cluster als elementare Bestandteile der Wirtschaftsförderungspolitik zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Viele der Strukturen sind historisch gewachsen.

Eine gemeinsam mit dem Unternehmensverband Nord und dem Industrieverband Hamburg in Auftrag gegebene Studie der Handelskammer zeigt, dass es an der Zeit ist, sowohl die Clusterpolitik als auch die Clusterstrukturen zu evaluieren und gegebenenfalls neu auszurichten.

- Es braucht eine ganzheitliche, ressortübergreifende Clusterpolitik mit klarer Aufgabenteilung für alle Akteurinnen und Akteure und regelmäßigen Evaluationen.
- Bedeutende Zukunftsfelder müssen gezielt gefördert werden. Es müssen neue Innovationsorte und -formate wie Living Labs, Reallabore oder Innovation Districts ermöglicht werden.
- Clusteraktivitäten sollten gezielt für die Ansiedlung von Unternehmen genutzt werden.

**Gründung einer Zukunftsstiftung, eine Milliarde Euro für Innovationen**

Um Innovationen gezielt zu fördern, Schwerpunkttechnologien und Innovationsökosysteme sowie zukünftig Sonderinnovationszonen einzurichten, braucht es ausreichende finanzielle Mittel, die unabhängig vom aktuellen Haushalt zweckgebunden für Forschung und Innovationen zur Verfügung stehen.

- Um die Innovationsförderung langfristig zu sichern, sollte eine „Hamburger Zukunftsstiftung“, ausgestattet mit einer Milliarde Euro, gegründet werden. Finanziert werden könnte die Stiftung aus privatwirtschaftlichen Erträgen der Stadt.

**Zukunftsagenda ambitioniert umsetzen, länderübergreifende Innovationsagentur unverzüglich gründen**

Die OECD hat der Metropolregion Hamburg bereits 2019 bescheinigt, dass die politische Fragmentierung einen Wettbewerbsnachteil darstellt. Infolge des „territorial review“ der OECD wurden eine umfangreiche „Zukunftsagenda“ verabschiedet und länderübergreifende Initiativen und Projekte initiiert. Es zeigt sich jedoch, dass sich die Projekte vielfach auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken.

- Die OECD rät zu einem unmittelbaren Umsteuern („urgent Shift“) und zu einem „großen Wurf“ („think big“). Bei der Umsetzung der Projekte der Zukunftsagenda muss diesem Appell endlich mutig gefolgt werden.
- Die Metropolregion Hamburg muss einen größeren Mehrwert für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger erzeugen. Ziel sollte es sein, die spürbaren Verwaltungsgrenzen zu überwinden und konkrete Verbesserungen zu erzielen.
- Die beschlossene „Phase Null“ für eine länderübergreifende Innovationsagentur muss konsequent genutzt werden, um den Start des regulären Betriebes (spätestens zu Beginn des Jahres 2027) vorzubereiten. Eine Finanzausstattung von gut 8,5 Millionen Euro für fünf Jahre muss dabei die Untergrenze des Projektes bilden.
- Es braucht weitere Projekte in der Metropolregion, um Wachstumsimpulse zu setzen. Beispiele können eine gemeinsame Ausweisung grenzüberschreitender Gewerbeflächen und die Schaffung einheitlicher Vorgaben sowie digitaler Leistungen für Unternehmen und Fachkräfte sein.

**MINT-Fakultäten stärken und Transfer verbessern**

Innovationen – beispielsweise zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 – entstehen in der Regel in Wissenschaft und Unternehmen. In Hamburg treffen hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf eine einzigartige Forschungsinfrastruktur, zu der auch das Deutsche Elektronen-Synchrotron DESY gehört. Innovative Ideen und Projekte müssen besser mit der Wirtschaft verzahnt und in tragfähige Geschäftsmodelle umgesetzt werden. Dafür gilt es, den Wissenschaftstransfer sowie die unternehmerische Forschung und Entwicklung zu fördern.

- Der Wissens- und Technologietransfer muss verbessert werden. Es ist erforderlich, forschungsbasierte Ausgründungen schneller und effizienter zu gestalten und neue Modelle für den IP-Transfer zu entwickeln. Um Innovationen gezielter zu fördern und die ausgezeichnete Forschungslandschaft und -infrastruktur besser mit der Wirtschaft zu vernetzen, wäre es zudem sinnvoll, das Thema Innovation an die Wissenschaftsbehörde anzugliedern. Darüber hinaus ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Wissenschaftsbehörde und dem Wirtschaftsressort erforderlich.
- Angesichts der dringend benötigten MINT-Fachkräfte ist der weitere Ausbau der Technischen Universität Hamburg (TUHH) sowie der MINT-Fakultäten an weiteren Hamburger Hochschulen dringend geboten.

**Unterstützung für Start-ups neu denken**

Gründende brauchen schnellen und einfachen Zugang zu Informationen und Ansprechpersonen für ihre Anliegen. Neben der Schaffung wachstumsfreundlicher Rahmenbedingungen durch die Stadt benötigen innovative Start-ups zudem Kapital, um die Skalierung von Sprunginnovationen zu ermöglichen.

- Es sind eine Konsolidierung und mehr Transparenz über die Vielzahl von Instrumenten, Services und Beratungen im Start-up-Ökosystem notwendig. Statt immer neue Anlaufstellen zu schaffen und damit vor allem Verwirrung zu stiften, sollte das Angebot optimiert und perspektivisch eine zentrale Anlaufstelle für Start-ups installiert werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, die nationale und internationale Sichtbarkeit des Hamburger Start-up-Ökosystems weiter auszubauen.

- Um innovative Start-ups gezielt zu fördern, sollten ein Venture-Debt-Programm aufgelegt und bestehende öffentliche Kreditangebote kritisch auf Effektivität überprüft werden. Programme, die nur in geringem Maße abgerufen werden und viel Kapital binden, könnten in das neue Programm integriert werden. Zudem sollten Anreize für die Auflage eines privaten Venture-Capital-Fonds gesetzt werden, um mehr privates Kapital am Standort zu heben und dieses für Start-ups bereitzustellen.

*Weitere Informationen:*

*Studie „Entwicklungspotenziale Hamburger Clusterstrukturen“*

[www.hk24.de/clusterstrukturen](http://www.hk24.de/clusterstrukturen)

*Handelskammer fordert „Innovations-Dreisprung“*

[www.hk24.de/veek-praesesrede](http://www.hk24.de/veek-praesesrede)

*Hamburg 2040 – Zukunftstechnologien für Hamburg*

[www.hk24.de/zukunftstechnologien-hamburg](http://www.hk24.de/zukunftstechnologien-hamburg)

**3.3 International****Landesverteidigung stärken**

Hamburgs Wirtschaft braucht innere und äußere Sicherheit, um ihren Beitrag zum Wohlstand leisten zu können. Angesichts einer veränderten geopolitischen Lage, des russischen Angriffes auf die Ukraine und einer hybriden Bedrohungslage in Europa, muss Deutschland auf allen föderalen Ebenen seine Verteidigungsfähigkeit stärken, um die territoriale Souveränität und seine Bürgerinnen und Bürger schützen zu können. Hierzu gehören der Schutz der kritischen Infrastruktur, die Instandsetzung der Infrastruktur für massive Truppenbewegung zu Land, zu Wasser und in der Luft, die Stärkung des Zivilschutzes und des Heimatschutzes sowie Kapazitäten zur Abwehr von Spionage, Sabotage und Cyberangriffen.

- Die Landesverteidigung muss in enger Abstimmung mit der Bundeswehr und anderen Bundesbehörden und unter Einbindung der Hamburger Wirtschaft aktiv vorangetrieben werden.
- Es sind zivilmilitärische Kooperationen zu fördern und Chancen für den Wirtschaftsstandort, unter anderem in den Bereichen Infrastruktur, Ansiedlung oder Bürokratieabbau, zu nutzen.

**Kritische Infrastruktur schützen**

Sowohl bei der Versorgung als auch als Logistikkreisläufe kommen Hamburg und dem Hafen eine besondere Funktion in Zeiten einer wachsenden Bedrohungslage zu.

- Der Hafen ist als kritische Infrastruktur eingestuft und muss entsprechend geschützt werden.
- Die Bedeutung des Hafens für die deutsche Sicherheitspolitik muss bundespolitisch stärker betont werden.

**Klimaanpassungsmaßnahmen und Katastrophenschutz verstärken**

Auch wenn die Bemühungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zur Begrenzung des Klimawandels Fahrt aufnehmen, wird das Mittel der Erdtemperatur ansteigen, werden sich Extremwetterereignisse häufen. Es braucht daher Anpassungsmaßnahmen, damit der Temperaturanstieg und die Folgen von Wetterereignissen weder das öffentliche noch das Wirtschaftsleben über Gebühr beeinträchtigen.

- Private Initiativen zur Begrünung und zur Ausstattung gewerblicher Gebäude und Flächen mit klimafreundlichen Systemen zur Wärmeversorgung und Kühlung sollten unbürokratisch unterstützt und gefördert werden.
- Möglichkeiten zur Verschattung im öffentlichen Raum, beispielsweise durch den Einsatz von Photovoltaikanlagen, sollten verstärkt genutzt werden.
- Das öffentliche Siedernetz muss weiter ausgebaut werden, um Starkregenereignissen besser standzuhalten.
- Deicherhöhungsmaßnahmen dürfen die wirtschaftlichen Verkehrsströme sowohl auf der Wasser- als auch auf der Landseite nicht beeinträchtigen. Zugleich müssen die Deiche auch in Trockenperioden stabil und sicher bleiben.

**Zugang zu Rohstoffen und Vorprodukten sicherstellen**

Insbesondere die Hamburger Industrie benötigt einen verlässlichen Zugang zu Rohstoffen und Vorprodukten. Hilfreich dafür wäre die weitere Erschließung von Rohstoffen in Europa und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Gerade bei dieser ist das Potenzial in Deutschlands größter Industriestadt besonders hoch.

- Der Senat sollte sich dafür einsetzen, dass bereits existierende Verbände, Initiativen und nationale Aktivitäten zur Erschließung von Rohstoffen strategisch auf europäischer Ebene gebündelt werden. Nationale Rohstoffagenturen sollten dabei EU-weit koordiniert werden.
- Im Dialog mit der Wirtschaft sollte ein Bewertungsraster für „kritische Rohstoffe“ und „Standardrohstoffe“ entstehen, anhand dessen – ähnlich wie in der Energieversorgung – ein Geflecht von strategischen Partnerschaften mit verschiedenen Ländern für diese Rohstoffe entsteht.
- Forschung und Innovation im Bereich Recycling gilt es gezielt zu fördern und rechtliche Hürden für den Einsatz von Recyclingprodukten zu senken.

**Hamburger Interessen stärker auf Bundes- und EU-Ebene einbringen**

Hamburg ist als Außenhandels- und Industriestandort für den außenwirtschaftlichen Erfolg des exportstärksten Mitgliedslandes der Europäischen Union von besonderer Bedeutung. Hier lassen sich zentrale Themen wie der Umgang mit China, Diversifizierung oder Wirtschafts- und Versorgungssicherheit wie durch ein Brennglas beobachten.

- Der Hamburger Senat muss im außenwirtschaftlichen Diskurs auf Bundes- und EU-Ebene deutlicher in Erscheinung treten und klare Impulse geben, etwa wenn es um die Durchsetzung gleicher Rechte von EU- und Nicht-EU-Online-Händlern oder die Ausarbeitung von Leitlinien zur Anwendung einer Zwangsarbeitsverordnung geht.

#### Schaffung eines nordeuropäischen Wirtschaftsraumes – Hamburg als südlichste Stadt Skandinaviens denken

Durch den Bau des Fehmarnbelt-Tunnels wird eine wichtige Grundlage für eine gemeinsame Wachstumsregion zwischen Südschweden, Dänemark und Norddeutschland mit mehr als neun Millionen Menschen gelegt. Der Tunnel bedeutet nicht weniger als einen Quantensprung für einen verbesserten Waren- und Personenverkehr zwischen Deutschland und Dänemark.

- Die Politik muss sich, auch im norddeutschen Verbund, vehement für eine fristgerechte Fertigstellung der deutschen Schienenanbindung an den Fehmarnbelt-Tunnel einsetzen. Hierfür sind sämtliche Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung auszunutzen.
- Es gilt zudem, Konzepte für die engere Verzahnung der Region nicht nur infrastrukturell, sondern auch hinsichtlich wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, kulturellem Austausch und Wissenschaftskooperationen zu entwickeln.

#### Hamburg Marketing reformieren

In Hamburg ist eine Vielzahl unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure am Standortmarketing beteiligt, wobei die letzte Strukturreform des Hamburg Marketings inzwischen mehr als zehn Jahre zurückliegt. Neben den Unternehmen der Hamburg Marketing GmbH und öffentlichen Unternehmen wie beispielsweise Messe und Flughafen sowie Hafen Hamburg Marketing e. V. (HHM) verfügt die Stadt über weitere Akteure, die einen wichtigen Beitrag zum Standortmarketing leisten. Ziel muss es sein, Synergien und vorhandene Potenziale besser zu nutzen, um die internationale Wahrnehmung der Stadt Hamburg als Handels-, Industrie- und Innovationsstandort zu steigern.

- Die gesellschaftsrechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für ein effizientes und einheitliches Standortmarketing sollten einer kritischen Prüfung unterzogen und gezielt angepasst werden.
- Die Hamburg-Repräsentanzen, das Hamburg-Ambassador-Netzwerk und international tätige Hamburger Unternehmen sollten noch stärker in das Standortmarketing einbezogen werden.

#### Marketing auf Zukunftsfelder fokussieren, internationale Sichtbarkeit steigern

Hamburg muss sich auf seine Stärken konzentrieren und seine Marketingmaßnahmen auf die Erfolg versprechenden Zukunftsfelder ausrichten. Es zeigt sich, dass in erster Linie jene Wirtschaftsstandorte erfolgreich sind, die über ein klares internationales Profil verfügen.

- Die internationale Sichtbarkeit Hamburgs und seiner Metropolregion muss durch gezielte, groß angelegte Marketingkampagnen und eine Intensivierung der Bemühungen um die Ansiedlung internationaler Unternehmen und die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte gestärkt werden.
- Das Hamburg Marketing muss finanziell besser ausgestattet und an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden.

#### Weitere Informationen:

*Hamburg 2040 – Zukunft des Außenwirtschaftsstandorts Hamburg*  
[www.hk24.de/position-auwi](http://www.hk24.de/position-auwi)

### 3.4 Nachhaltigkeit, Hafen und Mobilität

#### Hamburg zum Vorreiter auf dem Weg zur Klimaneutralität machen

Als bedeutender Industrie- und Außenwirtschaftsstandort sowie als Logistikkdrehschibe mit Seehafen kann Hamburg aufgrund seiner strukturellen Voraussetzungen eine internationale Vorreiterrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität einnehmen. Eine von der Handelskammer initiierte Studie der OECD zeigt, dass sich Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit bedingen. Die Hamburger Wirtschaft hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu werden.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, braucht es vor allem einen gesetzlichen und institutionellen Rahmen, der privatwirtschaftliche Initiativen zur Dekarbonisierung erleichtert und Freiräume für Investitionen und für Transformation schafft. Eine zu strikte Regulierung wird den Wirtschaftsstandort Hamburg hingegen schwächen und daher mittel- und langfristig nicht zum globalen Klimaschutz beitragen.

- Die Politik muss eine stabile Energie- und Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen zu wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen, beispielsweise durch eigene Offshore-Kapazitäten.
- Für Unternehmen sollte die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Stromeinkaufs aus regenerativen Quellen geschaffen werden, um langfristig niedrige Strompreise zu erreichen sowie Investitionsanreize in Erneuerbare Energien zu setzen.
- Die Politik muss ein Konzept zur nachhaltigen Speicherung und anforderungsgerechten, insbesondere grundlastfähigen, Bereitstellung von Energie erarbeiten.

#### Priorität PV-Ausbau vor Denkmalschutz

Eine Anpassung des Hamburger Klimaschutzgesetzes und des Klimaplanes ist dringend erforderlich, um privatwirtschaftliche Initiativen besser zu unterstützen und nicht zu erschweren. Das gilt insbesondere beim Ausbau von Photovoltaik (PV).

- Die Regelungen des Hamburger Klimaplanes müssen eindeutig und praxistgerecht formuliert sein und praktikable Klimaschutzmaßnahmen unterstützen.
- Insbesondere beim Ausbau von PV sollte der Denkmalschutz nachrangig behandelt werden.

#### Kreislaufwirtschaft stärken, konkrete Industrieflächen ausweisen

Güter, die häufiger genutzt oder recycelt werden, steigern die gesamtwirtschaftliche Ressourceneffizienz, zudem werden weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen freigesetzt. In Hamburg bestehen zahlreiche private und städtische Initiativen zur Ingangsetzung und Unterstützung der Kreislaufwirtschaft. Sie richten sich jedoch vornehmlich auf Konsumentenprodukte. Im produzierenden Gewerbe, insbesondere in der Grundstoffindustrie, besteht ebenfalls großes Potenzial. Digitalisierung und Regionalisierung der Wertschöpfungsketten können verstärkend wirken. Die Entwicklung der Batterieproduktion in der Metropolregion Hamburg bietet dabei einen zusätzlichen Hebel.

- Die Politik muss die Kreislaufwirtschaft als ein Element zur Dekarbonisierung der Industrie stärken.
- Neben der Schaffung der notwendigen Infrastruktur braucht es die Bereitstellung geeigneter Flächen, um eine Kreislaufwirtschaft voranzutreiben.

#### Ladung binden, Flächen bereitstellen, mehr Wettbewerb fördern, 100 Hektar Hafen in Steinwerder entwickeln

Der Hafen verliert seit Jahren im Wettbewerb mit seinen großen Konkurrenten Rotterdam und Antwerpen an Boden. Der Hafenentwicklungsplan von 2023 greift in vielen Bereichen zu kurz, und eine klare Strategie ist weiterhin nicht zu erkennen. Die Konkurrenten aus der Nord-Range setzen seit Langem schon erfolgreich auf private Investitionen und Terminalbeteiligungen als strategisches Instrument, um Ladung an ihre Standorte zu binden und Innovationen voranzutreiben.

Der Hafen braucht neue Flächen, um Innovationen und Wachstum im Hafen zu initiieren. Vor allem die Bereitstellung anforderungsgerechter Flächen am seeschifftiefen Wasser ist ein entscheidender Standortfaktor. Der hafeninterne Wettbewerb muss durch die weitere Ansiedlung internationaler Unternehmen und die Gewinnung neuer Investoren sowie weiterer Reedereibeteiligungen an Terminals ausgebaut werden.

- Neue innovative Ansätze wie eine konsequente Automatisierung müssen noch stärker genutzt werden, um Effizienzpotenziale zu heben und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

- Der Mittlere Hafen muss zur Umsetzung von zukunftsgerichteten Terminal-, Multi-Purpose- oder Energiehafenprojekten weiterentwickelt werden. Durch einen zukunftsorientierten Neuzuschnitt von Hafentflächen im Mittleren Hafen stehen potenziell mehr als 100 Hektar Fläche zur Verfügung, um auf Steinwerder die Keimzelle des Hafens der Zukunft zu bilden.
- Vor dem Hintergrund der intensiven Nutzung bestehender Grundstücke müssen immer wieder neue Areale erschlossen werden, auch im Zuge von Flächentauschprogrammen.
- Die Attraktivität für internationale Investoren bei der Entwicklung und Vergabe von Potenzialflächen im Hafen muss gesteigert werden, insbesondere hinsichtlich angemessener Flächenmieten. Wie auch in anderen europäischen Häfen, gehören beispielsweise Kaimauern oder eine Hafenbahn zur öffentlich finanzierten Infrastruktur.

#### Bessere Rahmenbedingungen für Wasserstoffimport und -produktion

„Grüner“ Wasserstoff ist ein wichtiger industrieller Rohstoff und Stromspeicher auf dem Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Norddeutschland verfügt aufgrund seiner Nähe zu Windstromerzeugung, natürlichen Speichermöglichkeiten und Trassen für Wasserstoff-Pipelines über hervorragende Bedingungen, um grünen Wasserstoff verwenden zu können.

- Norddeutschland und Hamburg stehen mit vielen anderen Regionen im Wettbewerb um den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Die Politik muss die Potenziale mit allen Partnern entschlossen und schnell heben.

#### Mehr Lagerungs- und Importkapazitäten für Wasserstoffderivate inklusive E-Fuels im Hafen schaffen

Der Hamburger Hafen kann als „Hub“ für den Umschlag und den Einsatz von grünem Wasserstoff und all seinen Derivaten inklusive E-Fuels dienen und erhält somit eine neue (Versorgungs-) Funktion. In Hamburg gibt es viele Anwendungen für grünen Wasserstoff in Branchen mit hoher Wertschöpfung (Grundstoffindustrie, E-Fuels, Aviation) und im Verkehr (Lkw, ÖPNV).

- Es müssen erweiterte Möglichkeiten zum Import und für die Lagerung von Wasserstoffderivaten im Hafen (Blumensand, Hohe Schaar, Harburger Binnenhafen) geschaffen werden.

#### Elektrolyseur in Moorburg 2027 in Betrieb nehmen

Das IPCEI-Projekt des Wasserstoffelektrolyseurs am Standort Moorburg muss schnell zum Erfolg geführt und die Produktion hochskaliert werden.

- Die Fertigstellung sollte wie geplant bis 2027 erfolgen, um den Anschluss an Wettbewerbsstandorte nicht zu verlieren.

#### Hafen und Industriegebiete an deutsches Wasserstoffnetz anschließen

Es muss sichergestellt werden, dass Hamburg (vor allem die Industriegebiete und das Hafentareal) an das geplante deutsche Wasserstoff-Kernnetz angeschlossen wird.

- Es müssen Initiativen für weitere „grüne“ Schifffahrtskorridore (Beispiel Halifax) vorangetrieben werden.

#### Nationale Bedeutung des Hafens auf bundespolitischer Ebene hervorheben, Erhöhung der Bundesfinanzierung einfordern

Der Hamburger Hafen hat einen Anteil am gesamten deutschen Seegüterumschlag von knapp 40 Prozent und spielt als Universalhafen für die Resilienz der deutschen Wirtschaft eine wesentliche Rolle. Er generiert allein Zolleinnahmen von bis zu 30 Milliarden Euro jährlich.

Auch im Zuge zunehmender geopolitischer Krisen nimmt der Hafen in einem möglichen Verteidigungs- und Bündnisfall als Versorgungs- und Logistikdrehscheibe eine herausragende Stellung ein. Dem stehen finanzielle Beiträge des Bundes gegenüber, die der nationalen Bedeutung des Hafens in keiner Weise gerecht werden. Seit beinahe zwei Jahrzehnten beläuft sich der Hafentlastenausgleich für alle deutschen Seehäfen zusammen auf rund 38 Millionen Euro jährlich.

- Der Senat muss sich für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Hafentlasten einsetzen sowie für eine gezielte Verwendung von Mitteln für zukunftsorientierte Infrastrukturprojekte.
- Der Bund muss den Hafen als nationale Aufgabe – auch vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Lage in Europa – verstehen.

#### Leistungsfähige Infrastruktur ausbauen, Köhlbrandquerung in den 2030er Jahren finalisieren

Hamburg ist als nationale und internationale Verkehrsdrehscheibe auf eine zukunftsfähige Infrastruktur angewiesen. Es bedarf dringender Investitionen sowohl in die Straßen- als auch in die Schieneninfrastruktur. Im Fokus stehen unter anderem sanierungsbedürftige Brücken über Norder- und Süderelbe einschließlich der Köhlbrandbrücke, denn die gute Erreichbarkeit von Unternehmen durch den motorisierten Individualverkehr ist für den Wirtschaftsstandort von zentraler Bedeutung.

- Zentrale Infrastrukturprojekte (A26-Ost, Ausbau A7) müssen schnellstmöglich realisiert werden. Ebenfalls muss der Bau der neuen Köhlbrandquerung maximal beschleunigt und ein Fertigstellungsdatum noch in den 2030er Jahren angestrebt werden.
- Städtebauliche Entwicklungen entlang der Magistralen und Maßnahmen für die Mobilitätswende dürfen die Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen als Rückgrat der überörtlichen und regionalen Erreichbarkeit nicht einschränken.
- Gleiches gilt für den Ausbau der Fahrradinfrastruktur, der sich deutlich stärker als bislang auf das gut ausgebaute Zone-30-Netz konzentrieren sollte. Die gute Erreichbarkeit der Unternehmen muss sichergestellt werden.
- Park- und Haltemöglichkeiten außerhalb des öffentlichen Raumes gilt es auszubauen. So sollten das nächtliche Parken auf privaten und öffentlichen Flächen erleichtert und mehr P+R-Parkplätze in der Nähe von Autobahnauffahrten geschaffen werden.

#### Flughafen stärken, Betriebszeiten sichern

Der Hamburg Airport spielt eine zentrale Rolle für die internationale Vernetzung der Metropolregion. Als einer der größten Flughäfen Deutschlands bietet der Hamburg Airport eine Vielzahl direkter Flugverbindungen zu europäischen Metropolen sowie interkontinentale Routen in den Nahen Osten. Er ist ein wichtiger Knotenpunkt für Geschäftsreisende und Touristen, der sowohl den Wirtschaftsstandort Hamburg als auch die umliegenden Regionen global anbindet und den Zugang zu internationalen Märkten und Netzwerken erleichtert.

- Es muss sichergestellt werden, dass die gültige Betriebsgenehmigung des Flughafens auch künftig vollumfänglich respektiert wird. Es gilt zudem, Flexibilitätsspielräume nicht einzuschränken, sondern zu erhalten.
- Hamburg muss die Chancen, die sich aus den aktuellen Neuentwicklungen im Flugzeugbau (Beispiel A231 XLR) ergeben, gezielt für die Akquise neuer Langstreckenverbindungen nutzen.
- Die Kooperation und die Verknüpfung mit den Hubs Frankfurt und Kopenhagen ist auszubauen.
- Kooperationen zwischen Flughafen und Großveranstaltungen, zum Beispiel OMR, sind gezielt zu fördern, um Veranstalter auch künftig für den Standort Hamburg zu begeistern.
- Die notwendige Modernisierung der Flughafengebäude und der Flughafeninfrastruktur darf nicht durch Gewinnabflüsse an die Gesellschafter des Flughafens behindert werden.
- Auf Bundesebene muss sich Hamburg für eine Harmonisierung der Luftverkehrssteuer in Europa einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit bei der Akquise internationaler Flugverbindungen wiederherzustellen.

#### Hamburg zum Vorreiter bei innovativen Verkehrsmitteln und Antrieben machen

Neue, innovative Verkehrsmittel werden die Art und Weise der Fortbewegung in den Metropolen verändern. Neue Technologien bieten nicht nur effizientere und umweltfreundlichere Alternativen zu herkömmlichen Verkehrsmitteln, sondern eröffnen auch völlig neue Möglichkeiten für die urbane und interurbane Mobilität. Auch der Transport von Gütern und die innerstädtische Logistik werden sich mittelfristig verändern.

- Es müssen innovative und digitale Mobilitätsformen gezielt gefördert werden.

#### ÖPNV-Angebot ausbauen, Kostenfreiheit nicht erweitern

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in Großstädten von entscheidender Bedeutung, um den Verkehrsfluss zu optimieren und eine nachhaltige Mobilität zu gewährleisten. In Anbetracht des Wachstums urbaner Zentren und der damit verbundenen Herausforderungen ist ein gut ausgebauter und zuverlässiger ÖPNV unerlässlich für eine lebenswerte und nachhaltige Stadtentwicklung. Angesichts der Haushaltslage sollte der Verbesserung des Angebotes (engere Taktung, mehr Sauberkeit, mehr Sicherheit) Vorrang vor einer Ausweitung der Kostenfreiheit eingeräumt werden.

- Der Aus- und Umbau des ÖPNV muss konsequent vorangetrieben werden. Die Kosten für oberirdisch geführte Systeme betragen nur 10 bis 20 Prozent der Kosten für unterirdisch geführte Anlagen. Angesichts der Aufgabenkonkurrenz muss Hamburg verstärkt auf oberirdisch geführte innovative Systeme setzen.
- Um auch die Pendlerinnen und Pendler besser an den öffentlichen Personenverkehr anzubinden, bedarf es einer Ring-Bahn, die S- und U-Bahn effizient miteinander verbindet. Bei der Umsetzung sollten neue und kostengünstige Verkehrsmittel wie eine Magnetschwebbahn zum Einsatz kommen. Hier sollten Potenziale genutzt werden, die sich aus dem Einsatz eines solchen Systems für eine emissionsarme und klimaneutrale City-Logistik ergeben.
- Bei der Planung neuer E-Ladesäulen sollte nicht allein das „Energieabsatzpotenzial“ berücksichtigt werden, das eher Gebiete bevorzugt, in der die E-Pkw-Dichte bereits hoch ist. Zusätzlich sollte anhand einer analytischen Grundlage, die belegt, in welchen Gebieten der Umstieg aufgrund mangelnder E-Ladesäulen nicht attraktiv ist, die Bedarfserhebung ergänzt werden. Dabei gilt es, allen Quartiersanforderungen gerecht zu werden und den Umstieg auf individuelle E-Pkw zu erleichtern.
- Das Pilotprojekt für eine Oberleitungsladung entlang der A1 Richtung Lübeck sollte fortgesetzt werden. Auch sollten weitere Projekte an der südlichen A1, an der A7 und an der A23 realisiert werden, um Hamburg mit den Bremischen Häfen und den Häfen der Unterelbe zu vernetzen und klimaneutrale Verkehre zu ermöglichen.

#### Ausbau von E-Ladesäulen schneller vorantreiben

Die Mobilitätswende und der Umstieg auf alternative Antriebe sind wichtige Bausteine auf dem Weg zur Klimaneutralität. Von derzeit 950.000 in Hamburg zugelassenen Fahrzeugen sind rund 30.000 Pkw und 6.000 Lkw elektrisch betrieben. Hierbei sind die Zulassungszahlen seit 2020 um 786 Prozent im Bereich Pkw und um 2,1 Prozent im Bereich Lkw gestiegen, während die entsprechende Ladeinfrastruktur im selben Zeitraum um nur rund 135 Prozent (von 1.108 Ladesäulen auf 2609) angewachsen ist.

Des Weiteren verfügt nur ein Bruchteil der vorhandenen Ladesäulen über Schnelllade-Kapazitäten. Dies ist einer der Gründe für den schleppenden Anstieg im Bereich Lkw. Es ist daher unverständlich, dass für den Hamburger Hafen mit hohem Wirtschaftsverkehr kein Schnellladepunkt im Schnellladenetzen des Bundes vorgesehen ist.

- Der Ausbau der Ladeinfrastruktur muss sich an der Entwicklung der Pkw-Zulassungen orientieren und muss schneller realisiert werden.
- Beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur sollten P+R-Häuser stärker berücksichtigt werden.

#### Parkraumvernichtung stoppen, Quartiersparken einrichten

Die Erreichbarkeit von Quartieren, auch mit dem Auto, ist für den stationären Einzelhandel existenziell. Leider ist es in Hamburg inzwischen zur Normalität geworden, dass der Verkehr für Personen und Güter eingeschränkt ist. Parkraum darf nicht einseitig vernichtet werden. Es muss sichergestellt sein, dass eine polyzentral aufgestellte Stadt wie Hamburg weiterhin mit allen Verkehrsmitteln erreichbar ist und diese untereinander verknüpft sind.

- Die Hamburger Wirtschaft sieht den Bedarf eines Parkraummanagements. Dies gilt insbesondere für Bereiche innerhalb des Rings 2 oder stark frequentierte Orte wie bspw. den Flughafen. Die jetzige Ausweitung des Bewohnerparkens belastet jedoch die Hamburger Wirtschaft stark. Vor diesem Hintergrund fordert die Hamburger Wirtschaft die Weiterentwicklung des Bewohnerparkens hin zu einem Quartiersparken. Damit sollen Anwohner und ansässige Unternehmen gleich gestellt werden und unkompliziert einen entsprechenden Parkausweis erhalten.
- Bei Neuplanungen von Parkflächen muss die Wirtschaft enger einbezogen werden, um wirtschaftliche Schäden für die Unternehmen vor Ort zu vermeiden, wie es derzeit beispielsweise beim Ausbau der Switch-Infrastruktur der Fall ist.

- Das derzeitige Tool ROADS, das zur Baustellenkoordination in Hamburg genutzt wird, sollte für weitere Stakeholder geöffnet werden, um sicherzustellen, dass die Informationen zu den Baustellen alle beeinträchtigten Parteien erreichen und auch wirklich alle Baustellen eingetragen sind. Zudem muss über eine Weiterentwicklung des Tools nachgedacht werden. Insbesondere die Nutzung von KI zur Analyse der Verkehrsflüsse sollte vorangetrieben werden, um Beeinträchtigungen besser erkennen und Umleitungen effizienter planen zu können. Die Baustellenkoordination insgesamt muss wieder intensiver und effektiver betrieben werden.

#### Weitere Informationen:

OECD-Studie: Klimaneutralität 2040 für die Hamburger Wirtschaft  
[www.hk24.de/klimaneutralitaet](http://www.hk24.de/klimaneutralitaet)

Gemeinsames Impulspapier des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg und der Handelskammer Hamburg zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Hamburger Hafens  
[www.hk24.de/impulspapier](http://www.hk24.de/impulspapier)

Hamburg 2040 – Zukunftsplan Hafen  
 Mittlerer Hafen als Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit  
[www.hk24.de/zukunftsplan-hafen](http://www.hk24.de/zukunftsplan-hafen)

### 3.4 Fachkräfte und lebenswerte Metropole

#### 15-Minuten-Stadt umsetzen

Einzelhandel, Gastronomie, Bildung, Sport, Behörden, ärztliche Versorgung und Kultur sowie Grün- und Erholungsflächen, die in den Quartieren leicht zugänglich sind, sind ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität einer Stadt. Zudem steigern sie die Attraktivität für Fachkräfte aus dem In- und Ausland.

In Teilbereichen verfügt Hamburg bereits über sehr attraktive Handlungslagen mit differenziertem Einzelhandels-, Gastronomie- und Dienstleistungsangebot. Quartiersinitiativen können Unternehmen vor Ort unterstützen, verfügen aber an vielen wichtigen Standorten über kein professionelles Quartiersmanagement.

- Es braucht das Bekenntnis der Politik zur nutzungsgemischten 15-Minuten-Stadt, ohne die Funktionsfähigkeit von Gewerbe- und Industriegebieten mit emittierenden Unternehmen zu gefährden.
- Das von der Handelskammer entwickelte Tool „HK Maps“ sollte als Entscheidungsgrundlage für die Ansiedlung von Unternehmen der Nahversorgung sowie für die Verbesserung der städtischen Angebote in den Bereichen Gesundheit, Sport, Bildung und Kultur genutzt werden.
- Eine finanzielle Unterstützung der Quartiersinitiativen ist ein wichtiger Schritt, um insbesondere kleine und mittlere Betriebe vor Ort zu unterstützen.

#### Standards im Wohnungsbau weiter überprüfen, Vorschriften flexibler machen

Gewerbliche und Wohnungsbauvorhaben werden durch viel zu langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögert. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen hat mit der Initiative „Kostenreduziertes Bauen“ und der Novelle der Hamburgischen Bauordnung einen wichtigen Schritt zur Verfahrensbeschleunigung vorgelegt. Weitere Schritte sind dennoch erforderlich, um das Bauen attraktiver zu machen.

- Die bestehenden Regelungen und Anforderungen an Gebäude, die über Standsicherheit, Brandschutz, klimaneutrale Energieversorgung und grundlegende gesunde Wohnverhältnisse hinausgehen, sollten gestrichen werden.

- Die Erkenntnisse der Initiative „Kostenreduziertes Bauen“ sollten konsequent umgesetzt werden.
- Genehmigungsfiktion sollte durchgehend zum Prinzip erhoben, die Genehmigungsfreistellung nach Vorbild der Musterbauordnung auf alle Bauten, die keine Sonderbauten sind, ausgedehnt werden.
- Die Verfügbarkeit von Bauland ist ein wesentlicher Faktor für den Wohnungsbau. Die Stadt sollte daher neben der Innenentwicklung die Entwicklung neuer Wohngebiete vorantreiben.
- Die Möglichkeit zum Verkauf städtischer Grundstücke sollte wieder verstärkt genutzt werden.
- Die Grunderwerbsteuer muss gesenkt werden.

#### **Innenstadt als Zentrum des Handels stärken, attraktive Nutzungsmischung vorantreiben**

Die Innenstadt ist die Visitenkarte unserer Stadt. Daher gilt es, den Einzelhandel zu stärken und zugleich den Nutzungsmix der City vor allem in den Erdgeschosslagen auszubauen, um zusätzliche Besuchsansätze zu schaffen.

Die Business Improvement Districts (BIDs) und das City Management Hamburg leisten hier bereits sehr gute Arbeit. Allerdings können sie die Probleme nicht allein lösen und sollten neue Aufgaben übernehmen, etwa hinsichtlich des Leerstandsmanagements und der Belegungssteuerung.

- Die Aufenthaltsqualität in der City muss weiter verbessert werden. Dazu gehört auch die bauliche Veränderung von Plätzen, die BIDs überfordern würde. Mit der geplanten Neugestaltung des Burchardplatzes im Kontorhausviertel kann die Stadt einen wertvollen Beitrag leisten. Zudem gilt es neue Besuchsansätze in der Stadt zu schaffen. Die Einrichtung eines Science Centers ist hier möglicher Schritt.
- Kulturangebote müssen dauerhaft in der Innenstadt gestärkt und verankert werden. Ein Beispiel für neue Attraktionen ist die Einrichtung einer in den Sommermonaten beispielbaren Seebühne auf der Binnenalster sowie ein historischer Erlebnisort auf dem Hammerburgplatz.
- Die Verbindungen zwischen der Mönckebergstraße und der HafenCity müssen aufgewertet werden. Hierzu gehört die Neugestaltung der Domachse als zentrale Nord-Süd-Verbindung ebenso wie die Verbesserung der Fußwege in Ost-West-Richtung, insbesondere zwischen Rathausquartier und Kontorhausviertel.

- Schlüssel für die Integration des Überseequartiers in die Innenstadt sind Konzepte zur Überwindung der Barriere Wirkung der Willy-Brandt-Straße, die zugleich die notwendige Verkehrsleistung der Straße nicht einschränken.
- Die Gründung einer Innenstadt GmbH ist ein notwendiger Schritt, um aktuellen Herausforderungen zu begegnen und nachhaltige Verbesserungen zu erzielen.

#### **Kultur- und Tourismustaxe projektbezogen einsetzen**

Die Tourismusbranche ist mit etwa 8,8 Milliarden Euro Wertschöpfung und rund 90.000 nicht verlagerbaren Arbeitsplätzen für den Wirtschaftsstandort Hamburg von großer Bedeutung. Wichtig ist daher ein klares Bekenntnis der Politik zur Branche. Zudem gilt es, neue Besuchsansätze für die Stadt zu fördern und neue touristische Angebote zu schaffen.

- Die Kultur- und Tourismustaxe sollte, wie vor der Einführung mit der Wirtschaft vereinbart, nicht für die institutionalisierte Förderung langfristiger Maßnahmen eingesetzt werden, um Behördenbudgets zu entlasten. Die Mittel müssen vielmehr eingesetzt werden, um konkrete neue Projekte aus Kultur, Sport, Tourismus und Wirtschaft zu fördern.
- Es braucht eine Stabsstelle bei der Behörde für Wirtschaft und Innovation, die das touristische Wirken am Standort bezirksübergreifend betreut.

#### **Hamburg als Sporthauptstadt des Nordens positionieren**

Die Sportwirtschaft ist in Hamburg bereits heute mit einer Wertschöpfung von mehr als einer Milliarde Euro ein enormer Wirtschaftsfaktor. Zudem ist Hamburg in Europa die Stadt mit den meisten Sport-Großevents. Darüber hinaus beheimatet Hamburg mehr als 100 Bundesligisten der jeweils höchsten beiden Spielklassen in einzelnen Sportarten. Um Bewegung und Sport auch in der Breite zu fördern, hat sich die Stadt mit der „Active-City-Strategie“ ehrgeizige Ziele gesetzt.

- Der Sporttourismus in Hamburg sollte gezielt gefördert werden.
- Um die positiven wirtschaftlichen Effekte noch weiter zu unterstützen, sollte es ein gezieltes und verstärktes Marketing für den Sporttourismus geben.

- Die Sportinfrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Um hier eine Lücke zu schließen, sollte ein Sportzentrum mit Wettkampf- und Trainingsstätten für viele Sportarten wie etwa Basketball, Handball und Football geschaffen werden – idealerweise verbunden mit Eventflächen und einem Internat, zusammengefasst an einem einzigen Standort.
- Hamburg sollte sich weiterhin um die Austragung von internationalen Sport-Großevents bemühen. Höhepunkt für eine solche Entwicklung wäre die Ausrichtung Olympischer Spiele. Die Stadt sollte sich daher im aktuellen Prozess des DOSB nachdrücklich für eine deutsche Bewerbung um Olympische Spiele im Jahr 2040 einsetzen und dafür, dass Hamburg Austragungsort wird.

#### **Vielfalt des Medienstandortes als Chance nutzen**

Hamburg ist mit mehr als rund 17.000 Unternehmen in der Medien- und Kreativbranche einer der führenden Medienstandorte Deutschlands. Dieser Standort hat in der Vergangenheit jedoch einige Rückschläge erlitten und ist aus dem politischen Fokus geraten. Mit dem rasanten Wandel digitaler Kommunikationskanäle und Technologien entstehen neue Geschäftsmodelle und Formate, die den Transformationsdruck auf die Medienwirtschaft weiter erhöhen.

- Die Medienregulierung muss angesichts der schnellen Entwicklungen im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) und Machine Learning praxistauglich, flexibel und bedarfsgerecht angepasst werden. Dies erfordert eine dringende Klärung datenschutzrechtlicher Fragestellungen sowie eine Anpassung des Urheberrechts – insbesondere zur Wahrung der Rechte von Urhebern bei der Nutzung ihrer Werke durch KI.
- Die Hamburger Politik sollte auf Bundesebene Initiativen vorantreiben, um eine gerechte Vergütung für die Nutzung schöpferischer Werke, etwa durch Pauschalbeträge pro Nutzung, sicherzustellen. Beim Datenschutz bedarf es einer maßgeschneiderten, zweckgerichteten Abwägung zwischen Unternehmens- und Verbraucherinteressen, um die Geschäftsmodelle der Medienwirtschaft zu sichern.
- Die Prüfung eines „Entertainment Districts“ mit entsprechenden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern im zuständigen Bezirksamt wäre ein erster Schritt, um Hamburg zu einer Stadt mit widerstandsfähigen Medien- und Kulturangeboten zu entwickeln.

#### **Fachkräfte qualifizieren, berufliche Aus- und Fortbildung stärken**

Unternehmen können schon jetzt Stellen nicht besetzen, was zu dauerhaften Wertschöpfungsverlusten führt. Die Stärkung der dualen Berufsausbildung ist eine wichtige Stellschraube, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

- Die Berufsorientierung in den Schulen muss weiter ausgebaut werden. Das gilt insbesondere für Gymnasien, die nicht nur einseitig auf ein Hochschulstudium orientieren, sondern auch die Vorteile einer dualen Berufsausbildung mit anschließender höherer Berufsbildung zu Fachwirten, Meistern und Betriebswirten stärker herausstellen sollten.
- Damit Hamburg als Ausbildungsstandort überregional attraktiver wird, müssen in den kommenden Jahren zudem 5.000 zusätzliche Wohnheimplätze für Azubis bereitgestellt werden.

#### **Erwerbsbeteiligung erhöhen**

Der Anstieg der Erwerbstätigenquote bei Frauen, Migranten und älteren Menschen ist erfreulich. Das Potenzial für den Arbeitsmarkt ist aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft – vor allem mit Blick auf das Arbeitsvolumen. Es müssen vermehrt Anreize und gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Erwerbsbeteiligung weiter zu erhöhen. Alle Forderungen nach weniger Arbeit (Beispiel Viertagewoche) gehen in die falsche Richtung.

- Die Kinderbetreuung orientiert sich zu sehr an „Nine-to-Five“-Jobs und bietet Menschen mit Arbeitszeiten am Wochenende, in den Abendstunden oder im Schichtdienst zu wenig geeignete Angebote. Auch müssen Verlässlichkeit und Qualität der Kinderbetreuung verbessert werden.
- Beim Eintritt ins schulpflichtige Alter muss der Lehr- und Förderauftrag (Unterricht und Nachmittagsbetreuung) wieder klar in der Verantwortung der Schulen liegen und darf nicht auf die Eltern verlagert werden, deren Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten gemindert würden. Hierdurch wird auch die Chancengleichheit der Kinder verbessert und deren spätere Integration in den Arbeitsmarkt.

- Auf Bundesebene sollte sich Hamburg unbedingt dafür einsetzen, dass das Renteneintrittsalter weiter angehoben und an die Entwicklung der steigenden Lebenserwartung gekoppelt wird.
- Das Prinzip des Förderns und Forderns sollte in der Praxis konsequenter umgesetzt werden, um Erwerbsfähige, die Sozialleistungen beziehen, so schnell und umfassend wie möglich wieder in das Arbeitsleben zu integrieren.
- Eine aktuelle Untersuchung der Handelskammer zur Arbeitsmarktintegration von Migranten in Hamburg zeigt, dass die Arbeitslosigkeit von Menschen aus den „Top“-Asylherkunftsländern bei knapp 30 Prozent liegt. Der Anteil der Frauen mit rund 42 Prozent ist noch deutlich höher als bei den Männern. Die Stellschrauben für eine bessere Integration liegen in den Bereichen Sprache, Kultur, Anerkennung von Qualifikationen und Arbeitsanreizen. Es bestehen unter anderem erhebliche Mängel bei den Integrationskursen durch zu lange Wartezeiten, mangelnde Qualität und hohe Abbrecherquoten bei gleichzeitig fehlenden Sanktionen. Hier werden bereits zu Beginn des Integrationsprozesses Chancen für eine langfristige Beteiligung am Erwerbsleben vertan.

#### Internationale Fachkräfte gewinnen

Für ausländische Fachkräfte ist Hamburg ein attraktiver Standort mit hoher Lebensqualität. Der „Talent City Index“ (2024) sieht die Hansestadt auf dem zweiten Platz der beliebtesten deutschen Städte. Dieses Potenzial wird hier bislang nicht systematisch gehoben. Die Marketingaktivitäten sind derzeit auf zahlreiche Akteurinnen und Akteure verteilt, und lange Wartezeiten für Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen behindern die Arbeitsaufnahme interessierter Talente aus dem Ausland – was wiederum die Wirtschaftskraft am Standort beeinträchtigt.

- Es braucht ein strategisches Gesamtkonzept zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte. Die Präsentation Hamburgs als attraktiver Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität muss im In- und Ausland nach einem stringenten Konzept erfolgen.

- Die Prozesse zur Beantragung von Aufenthalts- und Arbeitstiteln müssen schneller, unbürokratischer und digital erfolgen. Wartezeiten auf einen Termin von bis zu sechs Monaten wirken abschreckend und fördern die Suche nach attraktiven Arbeitsplätzen andernorts. Hier sind die Behörde für Inneres und Sport und das Hamburg Welcome Center gefordert, ihre organisatorischen Abläufe zu verbessern.

#### Unterrichtsqualität und Ausbildungsreife bei Schulabgängerinnen und Schulabgängern stärken

Trotz Verbesserungen in den vergangenen Jahren gelingt bislang nur bei rund 43 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der zehnten Klassen ein direkter Übergang in eine Berufsausbildung. 45 Prozent münden hingegen in die dualisierte Ausbildungsvorbereitung und schaffen erst später den Übergang in eine Ausbildung. Es muss gelingen, dass in Zukunft mehr Schulabgänger direkt in eine Berufsausbildung starten. Trotz Verbesserungen sowohl bei der Berufsorientierung als auch bei den Lernleistungen muss es das Ziel sein, dass noch mehr Jugendliche die Schule mit Kompetenzen verlassen, die für eine Ausbildung ausreichend sind.

- Neben Lesen, Schreiben und Rechnen zählen inzwischen auch digitale Fähigkeiten zu den Grundkompetenzen, die für die Ausbildungsreife notwendig sind. Die Planungen des Senates, Informatik zukünftig als Pflichtfach zu integrieren, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser muss flankiert werden durch die Entwicklung von entsprechenden pädagogischen Unterrichtskonzepten, digitalen Lerninhalten sowie einer breiten Fortbildung der Lehrkräfte.

#### Schulfach „Wirtschaft“ verbindlich machen

Die alternative Vermittlung ökonomischer Inhalte über andere Schulfächer – das gilt auch für das bestehende Fach „Politik-Gesellschaft-Wirtschaft“ – ist nicht ausreichend, wie Studienergebnisse und Erfahrungen unserer Mitgliedsunternehmen zeigen. Die Vermittlung ökonomischer Kenntnisse schließt auch das Wissen zur Gründung eines Unternehmens mit ein, das beispielsweise über Schülerfirmen oder Gründungswettbewerbe erworben werden kann.

- Es ist unabdingbar, dass Jugendliche in allgemeinbildenden Schulen ein wirtschaftliches Grundverständnis sowie unternehmerisches Denken und Handeln erlernen. Dies gelingt am besten durch ein eigenes Pflicht-Schulfach „Wirtschaft“ an allen weiterführenden Schulen.
- Bei künftig steigenden Schülerzahlen einerseits und der Pensionierung älterer Lehrkräfte andererseits wird es schwieriger, eine ausreichende Lehrerversorgung an Hamburgs Schulen sicherzustellen. Deshalb müssen die Kapazitäten bei der Lehrkräfteausbildung weiter erhöht und Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern der Start in das Lehramt erleichtert werden. Darüber hinaus sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Abbruchzahlen beim Lehramtsstudium zu reduzieren und die Teilzeitquote beschäftigter Lehrkräfte zu verringern.

Weitere Informationen:

Fachkräftestrategie der Handelskammer Hamburg  
[www.hk24.de/fachkraeftestrategie](http://www.hk24.de/fachkraeftestrategie)

**Diskutieren Sie mit! Finden Sie weitere Informationen zum Stand des Projekts, Ideen und Impulse für Hamburg im Jahr 2040 – und die Möglichkeit, sich einzubringen auf**

[www.hamburg2040.de](http://www.hamburg2040.de)



**Herausgeber:**

Handelskammer Hamburg  
Adolphsplatz 1 | 20457 Hamburg  
Postfach 11 14 49 | 20414 Hamburg  
Telefon 040 36138-138 | Fax 040 36138-270  
service@hk24.de | www.hk24.de

**Bearbeitung:**

Handelskammer Hamburg: Nikolai Nemitz, Julia Offen

**Grafiken:**

Alle Grafiken © Handelskammer Hamburg

**Gestaltung und Layout:**

MaschmannFautzHuff GmbH  
Paulinenallee 30 | 20259 Hamburg  
Telefon 040 2109146-40 | info@agentur-mfh.de

Stabsbereich Strategische Kommunikation

November 2024

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in diesem Dokument die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.